

Nr. 371 / 14. Februar 2025

Immer mehr Rentner*innen von Armut bedroht – neuer Höchststand erreicht

Über 3,5 Mio. Rentner*innen über 65 Jahren gelten als armutsgefährdet

Armut im Alter ist kein sexy Thema – schon gar nicht in Wahlkampfzeiten. Zumal kaum eine Partei gute, sozial abgewogene und realistischere umsetzbare Lösungsvorschläge anbietet. Vielmehr werden Rentner*innen oftmals als gut gesattelte Personengruppe dargestellt, die die Altersversorgung der Jungen durch zu hohe Sozialbeiträge gefährden.

Die tatsächliche Lage ist für viele Rentner*innen aber eine ganz andere. Das zeigt eine neue Auswertung des [Statistischen Bundesamtes](#) vom Januar 2025 und dem [IAB-Bericht 1-2025](#) über Erwerbstätigkeit von Älteren. Trotz steigender Erwerbsquote im Alter: Altersarmut bleibt ein drängendes Problem.

Wann gilt man in Deutschland als armutsgefährdet?

In der Europäischen Union gilt eine Person als **armuts- oder sozialausgrenzungsgefährdet**, wenn mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

1. Das Einkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze.
2. Der Haushalt ist von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen.
3. Die Person lebt in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung.

Der Indikator Armutsgefährdung misst kein absolutes Maß an Wohlstand oder Armut, sondern ein im Vergleich zur Gesamtbevölkerung des jeweiligen Landes zu niedriges Einkommen. Konkret gilt eine Person als **armutsgefährdet in Deutschland**, wenn ihr Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung beträgt.

Der Schwellenwert lag 2024 für eine alleinlebende Person in Deutschland **netto** (nach Steuern und Sozialabgaben) bei **1.378 Euro** im Monat; für Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren lag er bei 2.893 Euro im Monat; jeweils Äquivalenzeinkommen).

Neuer Höchstwert erreicht

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der **armutsgefährdeten Rentner*innen** in Deutschland erheblich gestiegen und hat einen Rekordwert erreicht. Nach den aktuellen Daten des [Statistischen Bundesamts](#) kletterte die Armutsgefährdungsquote bei den über 65-Jährigen von 18,4 Prozent im Jahr 2023 auf **19,6 Prozent**. Im Vergleich zu 2022, als diese Quote bereits bei 18,3 Prozent lag, zeigt sich ein **deutlicher Anstieg**. Insgesamt betrifft dies nun rund 3,54 Mio. Menschen, was einer Zunahme von etwa 300.000 Rentner*innen entspricht.

Dieser Anstieg unter den Rentner*innen fällt stärker aus als in der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 2024 waren 15,5 Prozent der Bevölkerung oder rund 13,1 Millionen Menschen in Deutschland armutsgefährdet.

Frauen sind in allen Altersgruppen stärker armutsgefährdet als Männer, wobei der Unterschied mit zunehmendem Alter wächst. In der Altersgruppe 65+ liegt die Armutsgefährdungsquote bei Frauen bei 21,6 Prozent, bei Männern hingegen bei 17,1 Prozent.

Abbildung 1: Armutsgefährdungsquote von 65-Jährigen und Älteren (in Prozent)

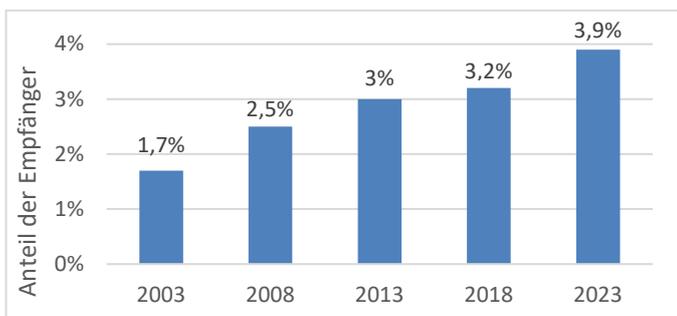
Jahr	Insgesamt	Frauen	Männer
2020	20	21,5	18
2021	19,4	20,9	17,5
2022	18,3	20,2	15,9
2023	18,4	20,2	15,9
2024	19,6	21,6	17,1

Quelle: [Statistisches Bundesamt 2024](#)

Deutliche Unterschiede bestehen auch zwischen den alten und neuen Bundesländern. In den neuen Bundesländern sind 24 Prozent der 60- bis 69-Jährigen von Armut bedroht, während das Armutsrisiko in dieser Altersgruppe im gesamtdeutschen Durchschnitt laut Sozialbericht des Statistischen Bundesamts bei rund 17 Prozent liegt.

Immer mehr Rentner*innen beziehen Grundsicherung

Eine der Folgen ist die Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung im Alter, die letztes Jahr von 730.305 Personen bezogen wurden. Immer mehr Menschen sind auf diese Leistungen angewiesen.

Abbildung 2: Quote der Empfänger*innen von Grundsicherung im Alter

Quelle: [Statistisches Bundesamt \(2024\)](#)

Woran liegt es?

Die Rente ist ein Spiegelbild des Erwerbslebens, d. h. die Höhe des Erwerbseinkommens spiegelt sich in der Rente wider.

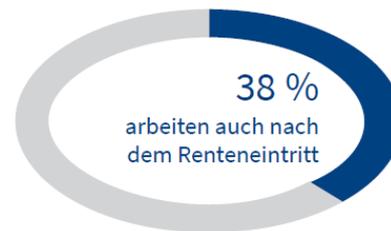
Fast 40 Prozent verdienen unter 17 Euro/Std.

Nach Angaben des BMAS verdienen aktuell rund 16 Mio. Arbeitnehmer*innen in Deutschland weniger als 17 Euro brutto in der Stunde. Das sind rund 39 Prozent aller etwa 40,8 Mio. Beschäftigten im Land. Der Modellrechnung zufolge wäre ein **Stundenlohn von etwas über 19 Euro** nötig, um die aktuelle Armutsgefährdungsschwelle für Alleinlebende zu erreichen.

Ist ein längeres Arbeiten eine Lösung?

In den letzten Jahren ist die Zahl der älteren Menschen, die auch nach dem offiziellen Renteneintritt weiterhin erwerbstätig sind, gestiegen.

Erwerbstätigkeit von Älteren



Quelle: NEPS SUF SC6-14.0.0, 2024; eigene gewichtete Berechnungen (N = 2.348; nur Personen, die berichten, bereits in Altersrente zu sein). © IAB

Bei den 65- bis 69-Jährigen erhöhte sich der Anteil in den letzten 10 Jahren von 13 auf 20 Prozent. Ein ähnlicher Trend ist auch in anderen EU-Staaten zu beobachten, wobei Deutschland in beiden Alters-

gruppen über dem EU-Durchschnitt liegt ([Statistisches Bundesamt 2024](#)). In Deutschland arbeiten 33 Prozent der erwerbstätigen Rentner*innen aus finanzieller Notwendigkeit weiter – ein höherer Anteil als der EU-Durchschnitt von 28,6 Prozent. Damit bleiben viele ältere Menschen in Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen weiterhin erwerbstätig ([Statistisches Bundesamt 2024](#))

Was ist zu tun?

Das gesetzliche Rentensystem braucht mehr sozialen Ausgleich und Mindestsicherungselemente. Gute Löhne, mehr Vollzeit statt Teilzeit und flächendeckende überwiegend arbeitgeberfinanzierte Betriebsrenten ermöglichen eine gute Absicherung im Alter. Wir brauchen mehr sozialen Schutz und müssen einen Abbau verhindern!